

Motion Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad / Dolores Dana, FDP): Fusion der Museen Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern

Immer mehr wird bekannt, dass das Zentrum Paul Klee nach seiner Eröffnung sehr bald, nämlich ab dem 1. Januar 2006, ein Defizit in den Betriebskosten von gegen 2 Millionen Franken aufweisen wird. Wer diese Lücke ausfüllt ist unklar. Zudem ist unklar, wer die Unterhaltskosten des Gebäudes (Bausumme ca. 100 Millionen Franken) dereinst übernehmen wird. Bekannt ist auch, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um ein Museum der Gegenwartskunst die Frage der Fusion bzw. Nichtfusion der beiden Museen Paul Klee und Kunstmuseum Bern diskutiert wird, aber nicht vollzogen werden soll. Dem Vernehmen nach soll eine Fusion mindestens eine Einsparung von ca. 1 Million Franken, ohne Qualitätsverlust, bringen oder eine erhöhte Effizienz beim kumulierten Einsatz von Mitteln. Dabei spricht nichts dagegen, dass in einer neuen Organisation die beiden Museen als weitgehend selbständige Abteilungen geführt werden können.

Wir gehen davon aus, dass durch eine Fusion der beiden Museen, nebst anderen, vor allem in folgenden Bereichen namhafte Einsparungen gemacht oder Mehrwerte schaffen werden können:

1. Mehr Marketingreichweite mit gemeinsamen Mitteln und damit mehr Einnahmen
2. Eine gemeinsame Informatiklösung
3. Eine statt zwei Direktionen und entsprechende Backofficebereiche
4. Eine statt zwei Versicherungslösungen
5. Ein Sicherheitsdienst
6. Eine statt zwei Buchhaltungen und Administration
7. Eine Reinigungsequipe
8. Gegenseitige Stellvertretungen
9. Eine gemeinsame Ausleihorganisation
10. Reduktionen im logistischen Bereich dank gegenseitigen Stellvertretungen
11. Bessere Koordination und weniger Aufwand beim Kulturgüterschutz und der Lagerhaltung
12. Mehr Synergien beim Ausleihen von Bildern an andere Ausstellungen und damit auch bessere Ausgangslage beim Ausleihen derselben von anderen Sammlungen und Museen.
13. Besseres Renommé und höhere Akzeptanz bei potentiellen Donatoren von Pekunien oder Kunstgegenständen
14. Einer statt zwei Leistungsverträge
15. Ein Verwaltungs-, ein Aufsichts-, ein Kontrollorgan statt deren zwei
16. Keine Grabenkämpfe und kein Gezänk sondern einheitlicher Auftritt gegen aussen.

Die Museen bzw. die Subventionsgeber stehen in einer sehr schwierigen Finanzsituation. Absehbare Defizite sind zur Zeit nicht gedeckt, Fusionsverhandlungen mit entsprechendem grossen Synergiepotential scheitern offenbar regelmässig am Kunstmuseum bzw. am Mäzen der Gegenwartskunst. Diese Situation ist unhaltbar und die öffentlichen Hände (Kanton Bern, Stadt Bern, Agglomerationsgemeinden) müssen handeln. Der absehbare „Fusionsgewinn“ ist umgehend zu realisieren, spätestens jedoch auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten der neuen Subventionsverträge). Falls dies aus irgendeinem Grund scheitern sollte, müssen die Subventionen um den entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Daneben gibt es zahlreiche strategische Vermarktungs-Vorteile, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen und die auch noch erarbeitet werden müssen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert:

Bis spätestens auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten) die Fusion des Museen Zentrum Paul Klee und des Kunstmuseums Bern umzusetzen bzw. beim Scheitern die Subventionen im entsprechenden Ausmass des „Fusionsgewinns“ zu kürzen.

Bern, 26. Mai 2005

Motion Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana, FDP), Sibylle Burger-Bono, Ueli Haudenschild, Sandra Wyss, Christian Wasserfallen, Hans Peter Aeberhard, Christoph Müller, Beat Schori, Erich Ryter, Daniel Kast, Daniel Lerch, Reto Nause, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Simon Glauser, Peter Bühler

Antwort des Gemeinderats

Vorbemerkung

Wegen eines Missverständnisses in der Präsidialdirektion wurde die Frist zur Behandlung des Vorstosses weit überzogen. Dafür entschuldigt sich der Gemeinderat.

Zur Begründung der Motion

Die Begründung der Motion trifft in wichtigen Punkten nicht zu. Dies ist vorweg zu korrigieren.

Finanzlage und Subvention des Zentrums Paul Klee

Dass die Finanzierung des Zentrums Paul Klee (ZPK) ab Inbetriebnahme zu gering ist, wird nicht „immer mehr bekannt“. Diese Tatsache hat das ZPK den öffentlichen Finanzierungsträgern Kanton, Stadt und Regionsgemeinden seit Aufnahme der Verhandlungen über den geltenden Subventionsvertrag stets klar dargelegt. Das ZPK ist eine der fünf grossen kulturellen Institutionen, die im Rahmen der Regionalen Kulturkonferenz Bern (RKK) finanziert werden. Der Subventionsvertrag für die Periode 2004 bis 2007 wurde 2003 ausgehandelt. Das ZPK wies in seinem Finanzplan einen jährlichen Subventionsbedarf von 6 Millionen Franken aus. Aus finanziellen Gründen konnte eine Subvention von 5 Millionen Franken pro Betriebsjahr bewilligt werden. Bei 31 Betriebsmonaten ab Juni 2005 ergibt dies für die Jahre 2004 bis 2007 eine Gesamtsubvention von 12,9 Millionen Franken. Diese wurde auf vier gleich grosse Jahrest tranchen von 3,2 Millionen Franken aufgeteilt und ab 2004 bezahlt. Nach der Einschätzung von anderthalb Betriebsjahren erweist sich die ursprüngliche Kostenschätzung des ZPK als richtig und damit ein Subventionsbedarf von 6 Millionen Franken. Auch für die Periode 2008 bis 2011 kann er nicht vollumfänglich erfüllt werden; die Subvention soll immerhin auf 5,5 Millionen Franken steigen.

Unterhalt des Gebäudes

Es ist nicht unklar, wer die Unterhaltskosten tragen muss. Soweit sie über die nötigen Mittel verfügt, bezahlt die Maurice and Martha Müller Foundation als Eigentümerin. Andernfalls tragen Stadt und Kanton die Last. Dies war bisher nicht notwendig und das wird auch für die Finanzierungsperiode 2008 bis 2011 so bleiben.

Fusionsgewinn

Im Zuge von Verhandlungen über eine allfällige Fusion von KMB und ZPK ermittelte Anfang 2004 die beigezogene Beratungsfirma bei einer bestimmten organisatorischen Lösung eine mögliche Einsparung von rund einer Million Franken. Das ist eine vorläufige Schätzung, keine Minimalsumme. Bei einer anderen Variante würde eine erheblich tiefere Schätzung resultie-

ren. Zweifellos brächte eine Fusion einen Synergiegewinn. Dessen Höhe lässt sich jedoch erst in Kenntnis der gewählten Organisations- und Betriebslösung ermitteln.

Zur Forderung nach Fusion

2004 vereinbarten die beiden Stiftungsräte eine unkomplizierte Regelung für die gegenseitige Ausleihe von Bildern. Dann kam es auf Initiative der Direktoren zu Gesprächen über die gemeinsame Planung der Ausstellungsprogramme. Schrittweise weiteten sich die Felder der Zusammenarbeit auf die Informatik, das Facility Management, die Anstellungsregelungen aus. Die Geschäftsleitungen treffen sich regelmässig. Im Sommer 2006 machten sich die Teams von KMB und ZPK an einer Klausur Vorstellungen ihrer Zukunft und entwickelten eine gemeinsame Vision. Mitte Februar 2007 findet die erste gemeinsame Ausstellung zu Oskar Wiggli statt.

Die Subventionsverträge für 2008 bis 2011 gehen noch weiter: Sie verpflichten KMB und ZPK, namentlich bei Ausstellungen und in betrieblichen Belangen zusammenzuarbeiten und dadurch Einsparungen von durchschnittlich je mindestens Fr. 150 000.00 pro Jahr zu erzielen. Diese Summe wird von der Subvention abgezogen. Zudem sollen die Stiftungen einen gemeinsamen Ausschuss einsetzen, der über Arten und Bereiche der Zusammenarbeit entscheidet, soweit diese die Zuständigkeit der Direktionen übersteigt. Dies ist im Dezember 2006 an einer gemeinsamen Sitzung beider Stiftungsräte bereits erfolgt. Und seit Anfang 2007 informieren KMB und ZPK über ihre Anlässe in *einer* Publikation. Die Entwicklung der Annäherung geht weiter.

Die Kooperation erfolgt auch in einem weiteren Rahmen. Im Herbst 2005 haben sich unter der Bezeichnung „Kunstraum BE“ das CentrePasquArt Biel, die Kunsthalle Bern, das Kunsthaus Langenthal, das Kunstmuseum Bern, das Kunstmuseum Thun, das Museum Franz Gertsch Burgdorf, die Stadtgalerie Bern und das Zentrum Paul Klee zusammengeschlossen. Zweck des Verbunds ist der gemeinsame Auftritt gegen aussen in der Schweiz und im Ausland, die gemeinsame Nutzung kostspieliger Einrichtungen und Infrastrukturen, die Organisation gemeinsamer Weiterbildungen in Kunstvermittlung und weiterer wissenschaftlicher Veranstaltungen (im Sinne des Kolloquiums zum Klee-Bild „Ad parnassum“, das Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee im Oktober 2006 durchgeführt haben) sowie die gegenseitige Abstimmung der Ausstellungsplanung. Für später vorgesehen ist eine gemeinsame Politik des Sammelns und des Umgangs mit den Raum und Pflege beanspruchenden Sammlungen. Zur Diskussion steht eine gemeinsame Herausgabe der Berner Kunstmitteilungen.

Warum keine Fusion? Der Mäzen des KMB, Hansjörg Wyss, hat mit seinem Engagement von 20 Millionen Franken zugunsten des Baus und künstlerischer Aktivitäten der neuen Abteilung Gegenwart die Forderung verbunden, die Stiftung KMB müsse für mindestens zwei weitere Subventionsperioden (also bis 2015) rechtlich, künstlerisch und finanziell autonom bleiben, aber in Zusammenarbeit mit dem ZPK und weiteren verwandten Institutionen alle sinnvollen Synergien in sämtlichen Bereichen des Museums nutzen. Der Regierungsrat des Kantons Bern und der Gemeinderat stimmten dem zu. Vorausgegangen war die Ablehnung einer Motion, welche die Fusion oder eine Subventionskürzung forderte, durch den Grossen Rat.

Auch ohne Fusion werden – wie dargelegt – viele Schritte getan, die sukzessive zu einer sehr engen Beziehung der Häuser führen. Wenn der Weg zur rechtlichen Vereinigung und organisatorischen Verschmelzung beider Stiftungen frei ist, dürfte sich die dazumalige Realität davon auch finanziell kaum noch unterscheiden.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 14. Februar 2007

Der Gemeinderat